

Anlage

Prof. Dr. Horst Möller

Schwerpunkte der Politik Konrad Adenauers in bezug auf die Deutschlandpolitik und die Westintegration, 1949–1963

Manuskriptfassung

In diesem Vortrag kann es sich nicht darum handeln, möglichst viele einzelne Fakten der Politik Adenauers zu präsentieren, vielmehr geht es mir darum, die Grundlinien in ihren historischen Zusammenhängen zu beschreiben.

I

Zwei Faktoren, die Aufteilung Deutschlands und der weltpolitische Gegensatz zwischen den USA und ihren Alliierten auf der einen und der Sowjetunion und ihren Satelliten auf der anderen Seite, wurden zu Determinanten jeglicher Deutschlandpolitik nach 1945. Die Möglichkeiten für eine deutsche Beteiligung resultierten aus der Entwicklung des Dualismus von West und Ost seit Kriegsende, setzten aber die Teilung Deutschlands faktisch voraus, da sie als einzige Gemeinsamkeit der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition übrigblieb: In den Überlegungen der Westalliierten **und** der Sowjetunion galt die deutsche Teilung als Unterpfand für die Sicherheit vor einem soeben besiegten aggressiven deutschen Nationalismus.

Ein wesentliches mentales Element trat hinzu: Ganz anders als nach dem Ersten Weltkrieg näherten sich die Wünsche der Westdeutschen ziemlich bald den politischen Wertvorstellungen der westlichen Welt an. Und in diesem Sinne bilden die Deutschlandpolitik und die Westintegration der Bundesrepublik einen außerordentlich vielschichtigen Prozeß, an dem eine Fülle politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher und psychologischer Faktoren beteiligt waren.

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen gestaltete Konrad Adenauer seine Deutschlandpolitik und trieb die Westintegration der Bundesrepublik in den vierzehn Jahren seiner Kanzlerschaft voran.

Hatte es zwischen 1945 und 1949 weder einen außenpolitischen Spielraum noch überhaupt eine Institution oder ein Verfassungsorgan gegeben, das legitimiert gewesen wäre, eine außenpolitische Linie auch nur zu formulieren, so veränderte sich die staatsrechtliche und völkerrechtliche Ausgangslage mit der im Herbst 1949 erfolgten Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Erst jetzt konnte von Außenpolitik im engeren Sinne, soweit sie über theoretische Konzeptionen hinausging, die Rede sein. Allerdings hatte schon das Jahr 1948 die

Ausgangsposition für die Politik der künftigen Bundesrepublik konkretisiert: Die Währungsreform in den drei Westzonen am 21. Juni 1948, die Berliner Blockade vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949, die Überreichung der Frankfurter Dokumente durch die Militärgouverneure der USA, Großbritanniens und Frankreichs an die elf deutschen Ministerpräsidenten am 1. Juni 1948, der Beginn der Verfassungsberatungen im Herrenchiemseer Verfassungskonvent bzw. im Parlamentarischen Rat seit August bzw. September 1948 markieren neben anderen Ereignissen die Gründungsphase der Bundesrepublik, die allesamt eine verstärkte Westorientierung der drei Westzonen beinhalten.

Konrad Adenauer beschrieb in seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 diesen Bedingungszusammenhang, von dem seine Außen- und Deutschlandpolitik ausgehen mußte. Vor dem Deutschen Bundestag führte er unter anderem aus: „Der einzige Weg zur Freiheit ist der, daß wir im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen . . . es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören.“ Und in bezug auf die Teilung Deutschlands konstatierte der erste Bundeskanzler damals: „Diese Teilung... ist durch Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Auch diese Spannungen werden vorübergehen. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung... nichts mehr im Wege steht.“

Es ist ausgeschlossen, in der vorgegebenen Kürze das komplexe Geflecht der Außen und Deutschlandpolitik Adenauers zu entwirren. Ich beschränke mich daher auf wenige Grundlinien und Entscheidungspunkte, ohne eine chronologische Nachzeichnung der Stationen zu versuchen.

Adenauers Außenpolitik ist durch Kontinuität in den Grundlinien und durch Flexibilität in den Einzelfragen gekennzeichnet. Rückschläge in außenpolitischen Gestaltungsfragen, beispielsweise das Scheitern der EVG 1954, führten nicht zur Änderung des außenpolitischen Kurses, weil situationsbedingt Alternativen zur EVG innerhalb des Gesamtrahmens seiner Politik realisierbar waren. Nach 1945 prägte die Berufung auf die kulturelle Tradition des Abendlandes Adenauers Koordinatensysteme für eine künftige Gestaltung noch erheblich stärker als nach 1918. Der kulturelle, militärische und politische Gegenspieler zu Europa hieß nun Asien: Die Sowjetunion zählte Adenauer kaum zu Europa, Europa war für ihn das christliche Abendland. Aus der Perspektive der Entwicklung der späten 1980er und 90er Jahre mag dies befremden: letztlich Europa ohne Osteuropa, das nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetische Hegemonie geriet.

Adenauers Option für ein liberaldemokratisches Verfassungssystem westlichen Typs unterlag angesichts dieser bereits 1947 in einem Brief an Paul Silverberg benannten Frontstellungen, die dann den „Kalten Krieg“ zwischen West und Ost prägen sollten, keinem Zweifel: Eine wie immer geartete Neutralität

Deutschlands konnte es für ihn nicht geben. Das galt für die ethischen Grundlagen ebenso wie für die innenpolitische Gestaltungsform des neu zu errichtenden Deutschland. Es galt aber auch für Adenauers außenpolitische Lagebeurteilung. Nur die Verständigung mit Frankreich konnte in seinen Augen verhindern, daß Frankreich und die Sowjetunion sich wie schon vor dem 1. Weltkrieg auf Kosten Deutschlands bzw. nun der Bundesrepublik Deutschland einigten. Wie die meisten Politiker seiner Generation war er von Einkreisungsängsten nicht frei. Adenauer wollte also außen- wie innenpolitisch eine Umkehr vom politischen „Sonderweg“ Deutschlands gegenüber Westeuropa. Und da aufgrund der weltpolitischen Konstellation und der Besatzungsherrschaft der vier Siegermächte dieser Weg einstweilen nicht mit Gesamtdeutschland gangbar war, ging Adenauer ihn und konnte ihn nicht anders gehen allein mit dem westdeutschen Teilstaat. Seine politische Werteskala lautete dann auch in Anlehnung an eine Formulierung Eugen Gerstenmaiers, und zwar in dieser Reihenfolge und nicht etwa gleichrangig: Freiheit, Frieden, Einheit.

Angesichts dieser Ausgangssituation wird deutlich, welchen Rang die Verständigung mit Frankreich für diese Politik der Westintegration einnehmen mußte, zumal sie sehr viel schwerer erreichbar war als mit den anderen westlichen Großmächten USA und Großbritannien, die weder durch eine Besatzungsherrschaft der NS-Diktatur heimgesucht worden waren noch in direkter territorialer, wirtschaftlicher oder militärpolitischer Konkurrenz zu Deutschland standen.

Dabei waren die institutionellen Möglichkeiten Adenauers, seine innen- und außenpolitischen Konzeptionen in praktische Politik umzusetzen, beträchtlich. Bezeichnend ist, daß der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende bis 1955 zugleich Außenminister blieb und sich auch nach der Ernennung Heinrich von Brentanos zum Außenminister direkte Informationen und Einflußnahme auf tagespolitische Entscheidungen vorbehielt. Trotz Adenauers prägender Rolle in der westdeutschen Außenpolitik ließen sich seine Ziele natürlich nicht ohne weiteres realisieren. Er hatte es nicht nur mit der innenpolitischen Opposition der SPD zu tun, nicht nur mit konkurrierenden, auch Frankreich betreffenden außen-, europa- und deutschlandpolitischen Vorstellungen in den eigenen Reihen in der Frühzeit etwa Jakob Kaisers und bis 1957 seitens der Koalitionspartner, sondern vor allem mit den zum Teil erheblich differierenden deutschlandpolitischen Plänen der Westalliierten.

II

Nach 1949 spielte sich die Politik der Bundesrepublik Deutschland in dem dauernden Spannungsverhältnis zwischen der faktischen Teilung und dem